

BUNDESTAG AKTUELL

Andreas Mattfeldt MdB

OSTERHOLZ VERDEN

Berlin, 26. November 2010

Bundeshaushalt 2011: Großer Schritt zur Einhaltung der Schuldenbremse

Nach der Umsetzung des Energiekonzeptes und der Gesundheitsreform stellt die christlich-liberale Koalition in dieser Woche mit der Verabschiedung des Bundeshaushaltes 2011 auch im Bereich der Staatsfinanzen die Weichen dafür, dass Deutschland international wettbewerbsfähig bleibt und sich der Aufschwung zu einem lang anhaltenden Wachstum entwickeln kann, das den Wohlstand unseres Landes dauerhaft sichert. Gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsentwurf senken wir die Nettokreditaufnahme um 9,1 Milliarden auf 48,4 Milliarden Euro – das sind rund 4,3 Milliarden Euro weniger als das maximal zulässige Defizit – und machen damit einen großen Schritt auf dem Weg zur Einhaltung der Schuldenbremse. Zusätzliche Steuereinnahmen, die sich aus dem Aufschwung ergeben, entbinden uns aber nicht von einem strikten Sparkurs, da die Schuldenbremse zum Abbau des strukturellen Defizits verpflichtet.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen haben wir gegenüber dem Entwurf eine Reihe von Änderungen vorgenommen, mit denen wir wichtige Schwerpunkte christlich-liberaler Politik umsetzen: So haben wir die Mittel für die Städtebauförderung von rund 290 auf 455 Millionen Euro angehoben. Dies kommt der regionalen Bauwirtschaft und unseren Handwerksbetrieben zugute und fördert die Beschäftigung. Darüber hinaus entlasten wir mit dem Bundeshaushalt 2011 auch die Kommunen. Zu ihrer Unterstützung sind als Vorsorge 200 Millionen Euro zusätzlich bei den Kosten der Unterkunft ermöglicht worden. Ferner wurde der Ansatz beim Wohngeld um 188 Millionen Euro erhöht.

Rede im Plenum zum Bundeshaushalt

Am Donnerstag habe ich in der Plenardebatte zum Haushalt der Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder gesprochen.

In den hinter uns liegenden parlamentarischen Beratungen ist es uns gelungen, die im Regierungsentwurf vorgesehene Nettokreditaufnahme 2011 um 9,1 Mrd. Euro abzusenken.

Auch in dem von mir betreuten Etat der Bundesfamilienministerin sind Einsparungen vorgenommen worden. Hier haben wir vor allem beschlossen, dass das Elterngeld für ALG-II-Empfänger künftig angerechnet wird und das Elterngeld für Spitzenverdiener komplett gestrichen wird. So haben wir eine gerechte Balance beim Sparen gefunden.

Wir haben aber nicht nur gespart, sondern dort, wo es angebracht ist, auch mehr Mittel eingestellt. Zum Beispiel für die Sprachförderung unserer Kleinsten. Bis 2014 geben wir den Kommunen insgesamt 400 Mio. Euro, damit sie in den Kindergärten die Kinder mit Migrationshintergrund sowie deutsche Kinder mit einem Sprachdefizit speziell fördern können. Dieses Geld hilft Kindern ausländischer Herkunft genauso wie deutschen Kindern mit Sprachdefiziten einen guten Start in ihren Bildungs-, Berufs- und damit Lebensweg zu ermöglichen! Sprache ist die Grundlage für Bildung!



Besuch von der Volksbank Worpswede in Berlin

In dieser Woche haben mich einige Mitarbeiter der Volksbank Worpswede in Berlin besucht. Dieser Besuch stand ganz im Zeichen der verstärkten Sicherheitsvorkehrungen rund um den Berliner Reichstag. Aufgrund der Terrorwarnung ist der Reichstag weitläufig abgesperrt und ein Besuch von Dachterrasse und Kuppel ist bis auf weiteres nicht möglich.

Ich habe deshalb zunächst mit den Besuchern in meinem Büro bei einer Tasse Kaffee über meine Arbeit in Berlin und im Wahlkreis gesprochen.

Natürlich wurde auch über die aktuelle Finanzpolitik, wie Bankenabgabe und EU-Einlagensicherungsrichtlinie diskutiert. Anschließend habe ich die Besucher noch durch

den Reichstag geführt.



Rente mit 67: Längeres Erwerbsleben keine Bedrohung, sondern Chance

In der vergangenen Woche hat das Bundeskabinett den Bericht über die Arbeitsmarktlage älterer Menschen beschlossen. Der Bericht macht deutlich, dass die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre nicht nur notwendig, sondern zugleich sozial vertretbar ist. In ihr liegt keine Bedrohung, sondern eine Chance, da sich mit der durchschnittlichen Lebenszeit auch die Zeit des gesunden und leistungsfähigen Alters verlängert.

Der Altersaufbau unserer Bevölkerung wird sich schon in den nächsten zwei Jahrzehnten grundlegend wandeln. Im Jahr 2030 wird das Verhältnis der über 64-Jährigen zu den 20- bis 64-Jährigen bei eins zu zwei Personen liegen. Heute beträgt es noch eins zu drei. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung sichert die Anhebung des Renteneintrittsal-

ters die Gerechtigkeit zwischen den Generationen und stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Hingegen würde die Anhebung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung, die die Sozialdemokraten mit ihrer Forderung nach der Abschaffung der Rente mit 67 vorbereiten, die jüngeren Generationen überfordern und durch steigende Arbeitskosten den Standort Deutschland gefährden.

Aus dem Bericht der Bundesregierung geht ferner hervor, dass sich die Erwerbsbeteiligung und die Arbeitsmarktchancen für ältere Menschen in den letzten Jahren deutlich verbessert haben. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Alter zwischen 55 und unter 65 Jahren ist kontinuierlich gestiegen. Gegenüber dem Jahr 2000 hat sich ihre Erwerbsbeteiligungsquote

nahezu verdoppelt und liegt heute bei rund 40 Prozent. Diese positive Entwicklung wird sich fortsetzen, da aufgrund der demografischen Entwicklung in Zukunft immer weniger Menschen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und die Wirtschaft nicht auf das Potenzial der Älteren verzichten kann.

Ein längeres Erwerbsleben ist somit keine Bedrohung, sondern eine Chance für mehr Wohlstand und Teilhabe für die Menschen, zumal die Verlängerung der Regelarbeitszeit nicht von heute auf morgen, sondern ab 2012 schrittweise über einen Zeitraum von 18 Jahren hinweg angehoben wird. Erst für die Jahrgänge ab 1964 wird die Regelaltersgrenze von 67 Jahren gelten.

Büro Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227-71322
Fax: 030/227-76932

Email: andreas.mattfeldt@bundestag.de
Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Tatjana Range